

# SWR2 Wissen

## Lästige Zivilgesellschaft

### Wie NGOs behindert werden

Von Dominik Müller

Sendung: Dienstag, 17. Oktober 2017, 8.30 Uhr

Redaktion: Martin Gramlich

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2017

---

#### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

#### **Online-Teaser:**

Menschen, die sich politisch und sozial engagieren, werden in ihrer Arbeit behindert, oft auch verhaftet; ganze Organisationen verboten. Das passiert auch in demokratischen Staaten.

---

## MANUSKRIFT

#### **O-Ton Michael Brand:**

Im Dezember 1998 haben die Vereinten Nationen eine Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern verabschiedet und damit ein Bezugsdokument geschaffen, das noch einmal ausdrücklich das Recht einer jeden Person bekräftigt, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen für den Schutz von Menschenrechten einzusetzen. Allerdings hat sich die Situation von Menschenrechtsaktivisten seit 1998 nicht nur nicht verbessert, sondern im Gegenteil, sich dynamisch und dramatisch verschlechtert.

#### **Sprecher 1:**

Mit diesen Worten eröffnete am 28. September 2016 der CDU-Politiker Michael Brand als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten eine öffentliche Anhörung. Thema: „Schutz von Menschenrechtsverteidigern“. Verteidiger von Menschenrechten, das sind nicht nur Politiker oder Juristen, dazu gehören auch zahlreiche NGOs, also

zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich, der Gesundheitsversorgung, der Katastrophenhilfe und auch Whistleblower. Aber immer häufiger gehen staatliche und nichtstaatliche Akteure gegen diese Personen und Organisationen vor.

**O-Ton Michael Brand:**

Die Stichworte lauten hier: Einschlägige Gesetzgebung zur Behinderung der Arbeit von NGOs, von Stiftungen, auch Medien, Kriminalisierung der Aktivitäten von Menschenrechtsaktivisten im Rahmen von sogenannten Anti-Terror- und Sicherheitsgesetzen, Diffamierung, Bedrohung und Schikane bis hin zu brutalster Repression durch den Staat.

**Zitator:**

Lästige Zivilgesellschaft – Wie NGOs behindert werden.  
Eine Sendung von Dominik Müller.

*Musikakzent*

**Sprecher 1:**

Weltweit nehmen Angriffe auf Zivilgesellschaft zu, politische Räume werden kleiner, Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement nehmen ab. „Shrinking spaces – schrumpfende Räume“ ist der Fachbegriff für dieses Phänomen. Ein eher harmloser Ausdruck für das, was vielerorts mit Menschen und Organisationen passiert, die sich politisch und sozial engagieren: Sie werden in ihrer Arbeit nicht nur behindert sondern oft auch verhaftet, Organisationen werden verboten. Das passiert nicht nur in Diktaturen und zweifelhaften Regimen, wie aktuell in der Türkei oder im Fall der Rohingya in Myanmar. Das passiert auch in Staaten, die als funktionierende Demokratien angesehen werden, in Indien beispielsweise oder in Israel. Und auch in Deutschland gibt es „Shrinking spaces“.

Viele Staaten, in denen gegen die Zivilgesellschaft vorgegangen wird, waren im Juli 2017, weniger als ein Jahr nach der Anhörung im Bundestag, zu Gast auf dem Hamburger G20 Treffen. Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen wie Brot für die Welt, medico international und Misereor appellierten deshalb an den Gastgeber Deutschland, das Thema auf die Tagesordnung des Treffens zu setzen. Auch Barbara Unmüßig, Direktorin der grünen Heinrich-Böll-Stiftung, die weltweit über dreißig Auslandsbüros unterhält hat sich dem Appell angeschlossen.

**O-Ton Barbara Unmüßig:**

Die G20 selber sind alles andere als eine Versammlung demokratischer Regierungen, denken Sie nur an China, Russland, Saudi-Arabien, die Türkei. Wir haben aber auch eine Reihe sogenannter illiberaler Demokratien, Fassadendemokratien, die so tun als gäbe es demokratische Rechte und Prinzipien. Die Handlungsfreiheit der Zivilgesellschaft wird aber massiv eingeschränkt.

**Sprecher 1:**

Im Appell der Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zum G20 Treffen hieß es:

**Zitator:**

Alle G20 Länder haben die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterschrieben. Wir und die deutsche Präsidentschaft sollten die Regierungschefs der G20 daran erinnern und einfordern, dass die G20-Regierungen sich damit verpflichtet haben, die Menschenrechte zu garantieren und zu schützen.

**O-Ton Barbara Unmüßig:**

Wir hatten leider Null Erfolg. Bundeskanzlerin Merkel hat es in Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen öfter bestätigt, dass sie das gerne tun möchte, es findet sich aber Null komma Null in den Kommunikés und in den verschiedenen Verlautbarungen der G20, also Fehlanzeige, wir sind mit unserem Wunsch, unserem dringenden Appell, Menschenrechte zu schützen, Zivilgesellschaft zu schützen, überhaupt nicht durchgedrungen.

*Musikakzent***Sprecher 1:**

Parallel zum schrumpfenden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft erfährt in vielen Ländern eine nationalistische Politik einen dramatischen Aufschwung – was durchaus in einem Zusammenhang steht, wie Michael Krennerich, Politologe und Privatdozent am Lehrstuhl für Menschenrechte der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, hervorhebt.

**O-Ton Michael Krennerich:**

Vielerorts haben Regierungen und regierungsnahen Gruppen geradezu einen nationalistischen Gegendiskurs entwickelt, der die Legitimität der Arbeit von Menschenrechtsverteidigern in Frage stellt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt: Im eigenen Land in Frage stellt und gegenüber dem Ausland auf die Nichteinmischung in Anführungszeichen in ihre inneren Angelegenheiten pocht.

**Sprecher 1:**

Einschlägige Gesetze gehören dabei mit zum Instrumentarium, sagt Barbara Unmüßig von der Böll-Stiftung. In mehr als 60 Ländern der Welt seien in letzter Zeit neue sogenannte NGO-Gesetze erlassen worden.

**O-Ton Barbara Unmüßig:**

... und diese Gesetze zielen vor allem darauf ab, den Geldfluss von externen Geberinnen und Gebern zu einheimischen AktivistInnen und NGOs zu kontrollieren, zu regulieren und zu unterbinden.

Bei diesen 60 Gesetzen, die es weltweit gibt, sind eben nicht nur die üblichen Verdächtigen, wie China oder Russland dabei, sondern auch Länder, die sich demokratisch nennen, nämlich Indien, Israel, aber auch lateinamerikanische Länder wie Bolivien, und das ist natürlich besonders beunruhigend. In Indien z. B. haben Auflagen der indischen Regierung unter dem schon existierenden Gesetz, es ist kein neues, sondern ein existierendes Gesetz, die Konten geschlossen von Greenpeace. und wenn man dann guckt, warum macht die indische Regierung das, dann sind wir wieder bei dem Thema um welche Interessen es geht, und Indien hat eben viele, viele Proteste im Land, gegen vor allem auch Bergbau, gegen Minen, gegen Projekte

großer Agrarinvestoren oder gegen auch Multis wie Coca Cola, die in Indien Grundwasser entnehmen und da geht es einfach darum, dass sich die Regierungen auch zum Handlanger ökonomischer Interessen machen.

*Atmo Büro des „Indian Social Action Forum“*

**Sprecher 1:**

Ein Waschraum, eine Toilette und zwei Räume mit mehr als einem Dutzend Schreibtischen, an denen Anti-AKW-Aktivist\*innen, Menschenrechtler, Gentechnikkritiker und Gegner von industriellen Großprojekten und Sonderwirtschaftszonen arbeiten. Das ist das Büro des „Indian Social Action Forum“ kurz INSAF in Neu Delhi. Wilfred D'Costa ist der internationale Sprecher des Netzwerkes.

**O-Ton Wilfried D'Costa:**

This acronym, INSAF also means justice in Hindi and Urdu. INSAF has been centered in Delhi. The national secretary is in Delhi. Because like for example farmers movements in Madya Pradesh are fighting for certain issues and the state government has no role to play, so the provincial government says you go to the central government, so they come to Delhi, so they want to organise a demonstration, organise a rally, organise some actions and maybe also go to the parliament, meet some ministers, protest. So there INSAF plays a role. So INSAF will facilitate their actions in Delhi. So somebody, some anti-nuclear movement say in Tamil Nadu, the famous ones in Kudankulam, who are fighting for many years. So they want to do something in Delhi, so they come there, so we organise for them the press conference or the demonstration or... meeting with protesting against some ministers in the cabinet.

**Sprecher 2 / Übersetzer:**

Diese Abkürzung, INSAF, bedeutet „Gerechtigkeit“ in Hindi und Urdu. Unser Büro ist nicht ohne Grund hier in Delhi: Wenn zum Beispiel eine Bauernbewegung aus dem Bundesstaat Madya Pradesh für ihre Rechte streiten will und die entsprechende Entscheidungsgewalt nicht bei der Regierung des Bundesstaates, sondern der Zentralregierung liegt, dann müssen sie nach Delhi kommen, um dort zu demonstrieren, das Parlament zu besuchen oder Minister zu treffen. Wir organisieren dann ihren Aufenthalt und ihre Aktionen hier in Delhi. Oder nehmen wir die über die Grenzen Indiens hinaus bekannte Anti-AkW-Bewegung im Bundesstaat Tamil Nadu, die schon seit vielen Jahren Widerstand leistet gegen den Reaktor in Kundankulam: Wir organisieren ihre Pressekonferenzen, ihre Demonstrationen, Treffen und Proteste gegen die zuständigen Minister der Zentralregierung.

**Sprecher 1:**

Mehr als 700 verschiedene Organisationen und Bewegungen haben sich unter dem Dach von INSAF zusammengeschlossen. INSAF wird unter anderem mit deutscher Unterstützung finanziert. Insgesamt 43.000 NGOs in Indien erhalten Gelder aus dem Ausland. Dafür müssen sie alle fünf Jahre eine Lizenz beim Innenministerium beantragen. Wenn die Lizenz nicht erteilt wird, kann das Konto gesperrt werden. Deshalb kam auch INSAF einige Zeit nicht an Gelder heran.

**O-Ton Wilfried D'Costa:**

they changed the act, they amended it to include political activity. [...] Now they define even ordinary demonstrations or struggles by the farmers or by the adivasis as a political activity. So which means that they are trying to restrict and throttle whatever democratic space is there for the civil society. [...] We are saying that political activity is a fundamental right of every citizen of India as by the Indian constitution.

**Sprecher 2 / Übersetzer:**

2010 hat die Regierung das Gesetz zur Registrierung ausländischer Geldmittel geändert und als Grundlage für eine Kontosperrung auch „politische Aktivitäten“ aufgenommen.

Und als politische Aktivitäten werten sie jetzt sogar einfache Demonstrationen und Initiativen von Bauern und Ureinwohnern. Sie versuchen, den demokratischen Spielraum der Zivilgesellschaft zu begrenzen und einzuschränken. Aber wir sagen, dass politische Aktivität ein Grundrecht eines jeden indischen Bürgers ist – so wie es in unserer Verfassung steht.

**Sprecher 1:**

Das indische Innenministerium ließ als Begründung für die Kontosperrung von INSAF in einer wortkargen offiziellen Erklärung lediglich wissen, dass die Aktivitäten der Organisation ...

**Zitator:**

... sich nachteilig auf das öffentliche Interesse auswirken.

**Sprecher 1:**

„Öffentliches Interesse“ steht in Indien seit dem Vormarsch des Marktliberalismus in den 1990er-Jahren als Synonym für Wirtschaftswachstum. Proteste, die die Umsetzung wirtschaftlicher Großprojekte behindern, interpretiert die Regierung als staatsfeindlichen Akt. Bereits 2012 kritisierte der damals amtierende indische Premierminister Manmohan Singh in einem Interview mit der US-amerikanischen Zeitschrift `Science´ Atomkraftgegner und Gentechnikkritiker:

**Zitator:**

Es gibt NGOs, oft finanziert aus den Vereinigten Staaten und Skandinavien, die kein Verständnis für die Entwicklungsherausforderungen unseres Landes aufbringen.

*Atmo Tastatur klicken*

**Sprecher 1:**

Kurze Zeit nach Singhs Interview entzog das Innenministerium mehr als 4000 Nichtregierungsorganisationen die Konto-Lizenz. Darunter waren Organisationen, die nicht mehr aktiv waren, aber auch viele der Regierung unbequeme Organisationen. INSAF klagte als eine der wenigen NGOs gegen den Lizenzentzug vor dem Obersten Gerichtshof. Mit Erfolg. Und so flossen nach mehreren Monaten die Zuschüsse wieder.

*Musikakzent*

**Sprecher 1:**

Aber seit Mai 2014 ist die Regierung des Hindunationalisten Narendra Modi im Amt. Sie geht noch härter vor und hat mittlerweile mehr als 10.000 NGOs die Lizenz entzogen oder nicht verlängert. Auch das Konto von INSAF ist seit Anfang 2017 erneut gesperrt.

**O-Ton Wilfried D'Costa:**

It means that we have absolutely no money to do anything. So we have no staff in those national secretariat, [...] we don't have a place to facilitate our comrades who are coming from all these struggles to Delhi. I mean we are still surviving on some meager support from Indian friends and other membership so we that we at least run the office.

**Sprecher 2 / Übersetzer:**

Das bedeutet, dass wir kein Geld mehr für unsere Aufgaben haben. Niemand kann mehr für seine Arbeit in unserem Hauptsitz bezahlt werden. Wir haben hier keine Räume mehr für unsere Mitstreiter aus anderen Teilen Indiens, die wir sonst in unserem Gästehaus untergebracht haben. Was uns bleibt ist eine kleine Unterstützung von unseren indischen Freunden und Mitgliedern, so dass wir wenigstens die Büromiete zahlen können.

**Sprecher 1:**

Auf den fristgerecht gestellten Antrag zur Verlängerung der Lizenz für das Jahr 2017 habe das Innenministerium ein Jahr lang überhaupt nicht reagiert, sagt INSAF-Sprecher D'Costa. Erst nach einer erneuten Anfrage des Obersten Gerichtshof in Neu Delhi erfuhr INSAF Ende Oktober 2016, dass gegen ihre Organisation Zitat, „geheimdienstliche Informationen“ vorlägen. Tatsächlich nimmt INSAF einen prominenten Platz ein in einem als „geheim“ klassifizierten Bericht des indischen Inlandsgeheimdienstes, der über unbekannte Kanäle an die Öffentlichkeit gelangte. Darin heißt es u. a.:

**Zitator:**

Eine erhebliche Anzahl von indischen NGOs, finanziert von Geldgebern aus den USA, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und den Niederlanden, sind dadurch aufgefallen, dass sie ein Umfeld und eine Atmosphäre schaffen, die auf die Verhinderung von Entwicklungsprojekten abzielen. Das umfasst die Agitation gegen Atomkraftwerke, Uranminen, Kohlekraftwerke, genetisch modifizierte Organismen, industrielle Großprojekte, Staudämme und weitere Rohstoff-Industrien. Die negative Auswirkung auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts wird auf zwei bis drei Prozent jährlich geschätzt.

**Sprecher 1:**

Neben INSAF und zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen aus Indien sind im Geheimdienstbericht auch internationale Organisationen wie „Greenpeace“ und „Amnesty International“ genannt. Auch einige Geldgeber sind aufgeführt, u. a. aus Deutschland „Brot für die Welt“, der „Evangelische Entwicklungsdienst“ und „Misereor“. Zitat:

**Zitator:**

Die identifizierten Geldgeber verschleiern ihre Zuwendungen clever als Schutzmaßnahmen für Menschenrechte, für vertriebene Personen, für indigene Bevölkerungsgruppen, Religionsfreiheit, usw. Diese ausländischen Geldgeber halten NGOs dazu an, Berichte anzufertigen, die sie gegen Indien verwenden.

**Sprecher 1:**

Trotz solcher Vorwürfe halten sich Hilfswerke aus Deutschland mit direkter Kritik an der indischen Regierung weitgehend zurück – aus Sorge um ihre Projektpartner. Mehrere NGOs, die sich gegen Gentechnik, Kohleabbau und Atomkraftwerke positioniert hatten, zügeln jetzt ihre Kritik. Oder finden kaum noch Mitglieder für ihre Gremienarbeit, weil viele befürchten, auch persönlich ins Fadenkreuz der Regierung zu geraten. Wilfried D'Costa und INSAF gehören zu denjenigen, die sich nicht einschüchtern lassen.

*Atmo Veranstaltung "Times India now"*

**Sprecher 1:**

Im Herbst 2016 hatte INSAF zu einer nationalen Konferenz in Bangalore eingeladen. Titel der Veranstaltung: „Schrumpfende demokratische Räume und die aufstrebende Konzern-Hegemonie“. Gekommen waren neben zahlreichen indischen Wissenschaftlern und Journalisten auch Sprecher von „Greenpeace“ und „Amnesty International“. Der Ort der Konferenz war mit Bedacht gewählt: Zwei Monate zuvor hatte Amnesty in Bangalore eine Veranstaltung organisiert zu den Menschenrechtsverletzungen der indischen Armee in den zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Gebieten Jammu und Kaschmir, mit Berichten zahlreicher Augenzeugen. Die Teilnehmer der Amnesty-Veranstaltung hatten außerdem die indischen Sondergesetze kritisiert, die Soldaten Straffreiheit garantieren für Vergehen wie Folter, Vergewaltigung und Mord an der Zivilbevölkerung. Gegen Ende der Veranstaltung war es zu „Azadi“-Rufen gekommen – Azadi heißt übersetzt „Freiheit“ – und steht synonym für die Forderung nach Unabhängigkeit für die besetzten Teile Jammus und Kaschmirs.

*Atmo der Veranstaltung*

**Sprecher 1:**

„Amnesty International“ brachte das nicht nur eine Anzeige wegen Landfriedensbruchs ein, sondern außerdem eine hasserfüllte Medienkampagne, an der sich auch der populärste englischsprachige TV-Sender „Times India Now“ beteiligte, der vor allem die Anliegen der kleinen, aber einflussreichen englischsprachigen Minderheit in Indien bedient.

Arnab Goswami, der Chefredakteur des Senders moderierte etwa eine Talkshow mit elf Teilnehmern. Alle, die sich dabei zu Gunsten von Amnesty International aussprachen oder schlicht das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigten, beschimpfte Goswami als Heuchler und verurteilte sie als „Verräter“ und „anti-nationale Elemente“. Die Vertreter der Regierungspartei und der ihr nahe stehenden Organisationen fasste er dagegen mit Samthandschuhen an. Sie mussten sich in der mehr als einstündigen Sendung keiner einzigen kritischen Frage stellen.

Solche Diskriminierungen von Menschenrechtsorganisationen und NGOs sind ein wichtiges Merkmal der „shrinking spaces“, der „*schrumpfenden Handlungsräume*“, erklärt Jean Pierre Froehly vom Büro für Menschenrechte der OSZE.

**O-Ton Jean Pierre Froehly:**

In diesem Zusammenhang können wir nennen eine grundsätzliche Tendenz zur Stigmatisierung von Menschenrechtsverteidigern jeglicher Art, sei es durch nichtstaatliche Akteure, sei es durch staatliche Akteure, sei es durch insbesondere auch staatliche Medien. Hier findet eine Isolierung von Menschenrechtsverteidigern in der öffentlichen Debatte statt, in der sie wahlweise stigmatisiert werden als politische Opposition, als Terroristen oder als ausländische Agenten.

*Atmo Video „Im Tirtzu“*

**Sprecher 1:**

Ein Video im Internet. Es zeigt eine Szene vor einem Supermarkt in Israel. Drei junge Israelis in westlicher Kleidung gehen vollbepackt mit Einkaufstüten zu ihren Autos. Dann erscheint im Vordergrund plötzlich ein bärtiger, arabisch gekleideter Mann, der ein Messer zieht. Anschließend wendet sich eine Sprecherstimme an die Zuschauer:

**Zitator:**

Bevor der Terrorist auf Sie einsticht, weiß er bereits, dass Yishai Menuhin, ein eingeschleuster Agent aus Holland, sicherstellen wird, dass er nicht vom Geheimdienst Shin Bet verhört werden wird. Er weiß auch, dass Avner Gvaryahu von „Breaking the Silence“, ein eingeschleuster Agent aus Deutschland, den Soldaten, der die Tat zu verhindern sucht, einen „Kriegsverbrecher“ nennen wird. Yishai und Avner sind Israelis. Sie leben hier. Während wir gegen Terror kämpfen, bekämpfen sie uns. Das neue Gesetz kann diese Leute ächten. Unterzeichnen Sie es!

**Sprecher 1:**

Ein Ausschnitt aus einem Propagandavideo der radikal zionistischen Organisation „Im Tirtzu“ vom Dezember 2015. Es ist nur eine von vielen Veröffentlichungen, die Menschenrechtsorganisationen in Israel an den Pranger stellen und dazu auffordern, ihre Aktivitäten gesetzlich einzuschränken: Der im Video genannte Yishai Menuhin gehört zum „Anti-Folter-Komitee“ in Israel, der ebenfalls erwähnte Avner Gvaryahu gehört zu „Breaking the Silence“, auf Deutsch: „Das Schweigen brechen“. Die Organisation sammelt Augenzeugenberichte israelischer Soldaten aus den besetzten Gebieten und will damit eine Debatte über die Besatzung anregen. Eine Arbeit, mit der sich „Breaking the Silence“ nicht nur Freunde macht.

**O-Ton Dana Golan:**

there are several organisations that aim is basically, Im Tirtzu is just one of them, but there are several organisations at this point that are really aiming to delegitimise the human rights organisations such as Breaking the Silence or political organisations that are dealing with the occupation.[..] They are dealing a lot with funding, who is funding like transparency and so on, they are not as transparent as Breaking the Silence b ut this is what their main topic.



### **Sprecherin 3 / Übersetzerin:**

Es gibt mehrere Organisationen wie „Im Tirtzu“, deren Arbeit darauf abzielt, Menschenrechtsorganisationen und andere politische Gruppen, die sich mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete auseinandersetzen, zu delegitimieren. Ihr Hauptansatzpunkt ist die Finanzierung.

### **Sprecher 1:**

Dana Golan ist seit neun Jahren Mitarbeiterin von „Breaking the Silence“, eine Zeitlang war sie auch Direktorin der Organisation. Davor absolvierte sie ihren Militärdienst in Hebron, einer Stadt im besetzten Westjordanland, hat also eigene Erfahrungen mit dem Einsatz in besetzten Gebieten.

Der vorläufige Höhepunkt der Kampagne gegen „Breaking the Silence“ war im März 2016 eine Kabinettsrede von Premierminister Benjamin Netanjahu, in der er behauptete, die Organisation würde militärische Geheimnisse in Erfahrung bringen und weitergeben und damit die Sicherheit der israelischen Armeeangehörigen gefährden. Der Verteidigungsminister beschimpfte „Breaking the Silence“ als „Nestbeschmutzer“ und „Landesverräter“. Die stellvertretende Außenministerin setzte die NGO im Frühjahr 2017 sogar mit der Hamas gleich. Geheimdienstmitarbeiter wurden in die Organisation eingeschleust. Aber die Vorwürfe waren haltlos.

### **Zitator:**

Alles, was „Breaking the Silence“ veröffentlicht hat, wurde zuvor dem militärischen Zensor vorgelegt und von ihm zur Veröffentlichung freigegeben, weil es keine substantielle Gefährdung der Staatssicherheit darstellte.

### **Sprecher 1:**

Erklärte Oberst Ariella Ben Avraham von der israelischen Militärzensur wenige Tage nach der Brandrede Netanjahus Und mehrere Abgeordnete der Knesset, hohe Militärs und sogar ein ehemaliger Chef des Geheimdienstes sprachen sich für das Recht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „Breaking the Silence“ auf freie Meinungsäußerung aus. Aber das Verbot der Regierung für die Organisation, in Kasernen und an Schulen aufzutreten und über die Realität unter der militärischen Besetzung zu berichten, wurde nicht aufgehoben. Die Hetzkampagnen gehen weiter, berichtet Dana Golan.

### **O-Ton Dana Golan:**

... everyone who's dealing with Palestinians, everyone that is supporting liberal opinions is, you know, is bad. This is a sad truth. we are the enemies from within. The main accusation for us being traitors is that we are daring to deal with these topics outside of Israel. That we are trying to damage the image of Israel in the world. That we are damaging the security of Israel. it is the first time that activists of Breaking the Silence have suffered physical attacks. And the office was suffering from the try of someone to break in and it's the first time that people, the management of Breaking the Silence had to go with bodyguards.

**Sprecherin 3 / Übersetzerin:**

Jeder, der sich mit Palästinensern beschäftigt, jeder der liberale Meinungen vertritt, gilt als schlecht. Wir sind die „inneren Feinde“. Wir werden des Verrats beschuldigt, weil wir angeblich den Ruf Israels in der Welt schädigen und die Sicherheit Israels gefährden. Inzwischen werden Aktivisten von „Breaking the Silence“ auch Opfer physischer Angriffe. Man versuchte, in unser Büro einzubrechen und wir müssen uns jetzt von Bodyguards begleiten lassen.

**Sprecher 1:**

Das neue NGO-Gesetz, verabschiedet im Juli 2016, hat diese Stimmung in Israel weiter angeheizt. Alle NGOs, die mehr als die Hälfte ihre Budgets aus dem Ausland beziehen, müssen das in ihren Publikationen und bei öffentlichen Auftritten, z. B. im Parlament, kundtun. Sinn dieses Gesetzes, so heißt es in der Präambel, sei es, ...

**Zitator:**

... sich mit dem Phänomen der NGOs mit Sitz in Israel zu befassen, die in einer nicht-transparenten Art und Weise Interessen ausländischer Staaten vertreten, während sie vorgeben, eine heimische Organisation zu sein, die sich um die Interessen der israelischen Öffentlichkeit kümmert.

*Musik***Sprecher 1:**

Auf der Liste des israelischen Justizministeriums stehen etwas mehr als ein Dutzend NGOs, darunter auch „Breaking the Silence“. Sie erhält unter anderem Gelder von der Europäischen Union. Es sind fast ausschließlich Nichtregierungsorganisationen, die sich kritisch mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete beschäftigen und sich für das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern einsetzen. Keine einzige nationalistische Organisation steht auf der Liste. Mit Demokratie und Transparenz habe das nichts zu tun, meint Dana Golan.

**O-Ton 14 Dana Golan:**

when I have spoken with people about the NGO bill, the foreign agent bill, that I have to declare myself every time that I start talking that I am a foreign agent of this and this and this country before I start talking. Everybody says that it sounds like Russia, or it sounds like Yemen, or Turkey or other places. And people are quite surprised to hear that Israel is going to this direction and therefore I think that the concerning thing is to see that there is some kind of a tendency that puts us in line with China and Russia and not with the western world that Israel is so happy to declare that we are part of.

**Sprecherin 3 / Übersetzerin:**

Wenn ich anderen das NGO-Gesetz erkläre – also, dass ich mich jedes Mal, wenn ich auftrete und rede eigentlich erst einmal als „ausländischer Agent“ dieses und jenes Landes bezeichnen muss – dann bekomme ich zu hören: Das klingt ja wie in Russland oder Jemen oder in der Türkei.

**Sprecher 1:**

Wer meint, westeuropäische Staaten seien vor solchen Entwicklungen gefeit, der liegt falsch. Das zeigt der Fall um Steuerbegünstigungen für das globalisierungskritische Netzwerk Attac.

In Deutschland finanzieren sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen über Spenden. Spenden an gemeinnützige Vereine sind dabei steuerabzugsfähig. Solche gemeinnützigen Vereine erhalten deshalb erfahrungsgemäß auch mehr Spenden. Der Ermessensspielraum der Finanzämter, wer als gemeinnützig gilt ist aber ziemlich groß. Das musste auch Attac erfahren, als ihm das Frankfurter Finanzamt 2014 die Gemeinnützigkeit aberkannte. Barbara Unmüßig von der Heinrich Böll Stiftung.

**O-Ton Barbara Unmüßig:**

Erst mal finde ich es ungeheuerlich, dass ein Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt hat und zwar mit der Begründung, Attac würde sich vor allem allgemein politischen Zielen widmen und die seien nicht gemeinnützig. Das finde ich schon mal eine ungeheuerliche Interpretation dessen, was eigentlich Gemeinnützigkeit in unserem Land bedeutet.

**Sprecher 1:**

Attac wollte die Entscheidung des Frankfurter Finanzamtes nicht hinnehmen und hat dagegen geklagt. Das hessische Finanzgericht in Kassel sprach dem globalisierungskritischen Netzwerk Ende 2016 wieder die Gemeinnützigkeit zu und erlaubte keine Revision. Aber offensichtlich geht es um einen Präzedenzfall mit bundespolitischer Bedeutung: Im Mai 2017 wurde bekannt, dass das Bundesfinanzministerium dem Frankfurter Finanzamt Weisung erteilt hat, den Streit um den steuerlichen Status von Attac weiterzuführen.

**O-Ton Barbara Unmüßig:**

Ich finde, das ist eine ungeheuerliche letztlich für mich auch politisch motivierte Einmischung eines Finanzministeriums, nachdem ein Gericht auch gesagt hat, es gibt keine Revision.

**Sprecher 1:**

Meint Barbara Unmüßig. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Argumentation des Frankfurter Finanzamtes in seinem Antrag auf Zulassung einer Revision, verfasst im Juli 2017, also nach der Weisung des Bundesfinanzministeriums. Das Finanzamt begründet den Antrag darin u. a. folgendermaßen:

**Zitator:**

Die Darstellung von alternativen Lösungsansätzen für gesellschaftspolitische Themen ist klassische Aufgabe politischer Parteien. Fraglich ist, ob die Körperschaft noch die Bildung fördert, wenn sie sich an einem gesellschaftspolitischen Diskurs beteiligt, in dem sie z. B. nicht nur die Vor- und Nachteile einer Arbeitszeitverkürzung objektiv darlegt und diskutiert, sondern sich wie der Kläger öffentlich für eine 30-Stunden-Woche einsetzt.

**Sprecher 1:**

Folgt man den Argumenten des Finanzamts, dann könnte das Recht gemeinnütziger, also steuerlich begünstigter Vereine zur politischen Positionsbildung stark eingeschränkt werden. Vereine wie Attac dürften dann nur noch den politischen Status Quo beschreiben, nicht aber Alternativen dazu skizzieren, andernfalls würden sie ihre Steuerprivilegien verlieren und ihre Finanzierung gefährden.

Dass mit solchen Vorgängen vor allem der Spielraum kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeschränkt werden soll, das belegen weitere Beispiele aus den Demokratien Westeuropas.

**Sprecherin 3:**

Im Rahmen der Notstandsverordnungen verbot die französische Regierung im Dezember 2015 Protestaktionen anlässlich des Weltklimagipfels in Paris und stellte mehr als ein Dutzend Aktivisten unter Hausarrest.

**Sprecher 2:**

In Großbritannien müssen Wohlfahrtsorganisationen seit Anfang 2016 nachweisen, dass sie staatliche Gelder nicht für politische Kampagnen verwenden – zum Beispiel gegen Kürzungen von Sozialleistungen.

**Sprecher 1:**

Fazit: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich der Verteidigung sozialer und politischer Menschenrechte sowie von Umweltrechten verschrieben haben und deswegen staatliches Handeln und Konzerne kritisieren, stehen heute zunehmend unter Druck – überall in der Welt, auch in demokratischen Staaten.

\* \* \* \* \*

**Service:**

SWR2 Wissen können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter [www.swr2.de](http://www.swr2.de) oder als **Podcast** nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>

---

**Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)